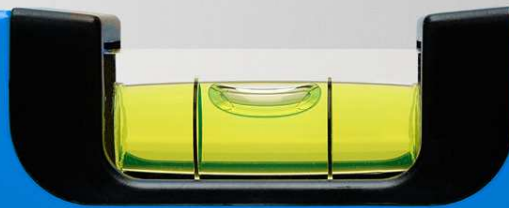


SO!
Soziale Ordnung

Das Magazin der Christlich-Sozialen

Ausgabe 1/2013

66. Jahrgang
ISSN 1432-9689



SCHWERPUNKT:

Was ist christlich-soziale Politik für Frauen?

RÜCKBLICK

CDU-Parteitag in Hannover

VORSCHAU

Bundestagung im Mai in Münster: Die Kanzlerin kommt!

Bildungsveranstaltungen für Mitglieder: Die „CDA-Werkstatt“ (1. Halbjahr 2013)

DATUM	ORT	SCHULUNG	REFERENT
1. März Freitag, 16 Uhr	Königswinter Arbeitnehmerzentrum	Reden vorbereiten und halten	Anselm Kipp
15. März Freitag, 18 Uhr	Berlin Hauptgeschäftsstelle der CDA	Verbandsarbeit	Josef Holtvogt Hajo Schneider
2. Mai Donnerstag, 14 Uhr	Herne	Verbandsarbeit	Josef Holtvogt
15. Juni Samstag, 11 Uhr	Frankfurt/Wiesbaden <i>(wird noch bekannt gegeben)</i>	Presse- und Internetarbeit	Anselm Kipp
22. Juni Samstag, 11 Uhr	Hannover CDU-Landesgeschäftsstelle	Verbandsarbeit	Josef Holtvogt
29. Juni Samstag, 11 Uhr	Stuttgart CDU-Landesgeschäftsstelle	Verbandsarbeit	Josef Holtvogt

Reden vorbereiten und halten

Ob bei Versammlungen oder im Gemeinde- oder Stadtrat: Wer politisch aktiv ist, muss immer wieder Reden halten oder Statements abgeben. Die Schulung vermittelt viele praktische Tipps und Faustregeln für Anfänger und Fortgeschrittene: Wie kann man eine freie Rede vorbereiten? Wann sind Notizen oder sogar ein Manuskript sinnvoll? Wie findet man einen guten Einstieg bzw. Schluss?

Presse- und Internetarbeit

Wer in Partei und Öffentlichkeit Gehör finden will, muss in Medien und Internet präsent sein. In dem Seminar werden folgende Fragen behandelt: Wie schreibt man eine Pressemitteilung bzw. einen Artikel für die Internetseite?

Welche Themen bieten sich für CDAler an und wie findet man sie? Wie baut man Kontakt zu lokalen und regionalen Medien auf und was muss man beachten, um einen guten „Draht“ zu Journalisten herzustellen? Welche Hilfestellungen gibt die Hauptgeschäftsstelle (Muster-Pressemitteilungen, Angebot einer kostenlosen Internetseite)?

Verbandsarbeit

Sitzungen vorbereiten, Mitgliederwerbung machen, die Presse informieren, Beschlüsse fassen; das Engagement in einem CDA-Verband ist ein weites Feld – egal, ob auf Kreis-, Bezirks- oder Landesebene. In diesem Seminar werden alle Fragen rund um die Verbandsarbeit geklärt: Von A wie Arbeitskreis bis Z wie Zweidrittelmehrheit.

Alle Schulungen dauern etwa drei Stunden. Die Teilnehmerzahl beträgt jeweils maximal 15 Personen. Die Seminare richten sich an Funktionsträger und interessierte Mitglieder der CDA. Teilnahme und Verpflegung sind kostenlos, Reisekosten können nicht erstattet werden.

Die Anmeldung erfolgt per Mail an veranstaltungen@cda-bund.de (bitte Adresse und Telefonnummer angeben!). Die Hauptgeschäftsstelle schickt dann eine Anmeldebestätigung mit weiteren Infos (Anfahrtsbeschreibung, Schulungsablauf).

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

diese Ausgabe der Sozialen Ordnung hat den Schwerpunkt Frauenpolitik. Wer die Entwicklungen der letzten Jahre verfolgt hat, weiß: Es hat sich vieles bewegt und einiges verbessert – es gibt aber noch viel zu tun auf dem Weg zu Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Männern und Frauen!

Mir machen vor allem die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die zunehmende Prekarisierung der Arbeit Sorgen. Denn prekäre Beschäftigung hat fatale Folgen – gerade für Frauen: Sie verdienen wenig und sind schlecht abgesichert, weil sie sich keine ausreichende Alterssicherung aufbauen können. Ein Grund dafür sind die mittlerweile über sieben Millionen Minijobs. Zu 80 Prozent sind Minijobs Frauensache. Und für die meisten unter ihnen ist der Minijob eben kein schlecht bezahltes Zubrot – wie gerne behauptet wird –, sondern

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der Sozialen Ordnung lesen Sie außerdem, welche Vorschläge der Arbeitskreis „Humanisierung der Arbeitswelt“ in seinem Abschlussbericht macht und wie Karl-Josef Laumann gegen den Missbrauch von Werkverträgen kämpft. Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Ihr SO!-Redaktionsteam

der alleinige Verdienst. Wer Minijobs immer attraktiver macht, schiebt Frauen faktisch in die Armutsfalle – spätestens im Alter. Deshalb gehören Minijobs auf den Prüfstand. Der DGB hat gute Vorschläge für eine Reform vorgelegt, die wir in der CDA ernsthaft diskutieren und unterstützen sollten.

Dagmar König beklagt in ihrem Beitrag zu Recht, dass Frauen immer noch im Durchschnitt 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Am Equal Pay Day am 21. März erinnern Frauen bundesweit daran – und weisen darauf hin, dass auch Lohndiskriminierung dahintersteckt und nicht nur Unterschiede in Qualifikation oder Berufswegen. Die Entgeltlücke ist ein gesellschaftlicher Skandal ersten Ranges! Es ist Aufgabe der Politik, endlich für Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu sorgen – und für gleiche Chancen auf gut bezahlte und sichere Arbeit. Es ist gut, dass sich auch in diesem Jahr wieder viele Frauen aus der CDA an Ständen und Aktionen zum Equal Pay Day beteiligen.

In den vergangenen Jahren hat die CDA vor allem für eine Lohnuntergrenze und einen entschlossenen Kampf gegen Altersarmut gestritten. Beides betrifft in erster Linie Frauen, denn im Niedriglohnssektor arbeiten zu zwei Dritteln Frauen. Und wir haben auf dem CDU-Parteitag Seite an Seite mit der Frauen Union für mehr Gerechtigkeit bei den Mütterrenten gekämpft.



Elke Hannack (Quelle: ver.di/KayHerschelmann)

Ich wünsche mir, dass die Frauenpolitik in den kommenden Jahren eine noch größere Rolle in der CDA spielt. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Wir haben eine engagierte Arbeitsgemeinschaft Frauen in der CDA, die sich im Verband und darüber hinaus immer wieder zu Wort meldet. Und wir haben viele starke Frauen in der CDA: jüngere und ältere, Berufstätige und Familienfrauen, Arbeitende, Erziehende, Pflegende, Betriebs- und Personalrätinnen, Vertreterinnen der kirchlichen Verbände etc., etc. Setzen wir uns – natürlich gemeinsam mit der ganzen CDA! – dafür ein, dass es in der Frauenpolitik weiter vorangeht.

Mit herzlichen Grüßen

Elke Hannack
Stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende

CDA AKTUELL

TITEL

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT



Christlich-Soziale in der IG Metall:
Broschüre vorgestellt S. 6

CDA Thüringen:
Gustl Bergemann verabschiedet S. 7

CDA-AK „Humanisierung“:
Auszüge aus dem Abschlussbericht S. 8

Elke Hannack:
Prekäre Beschäftigung eindämmen S. 10

Dagmar König:
Equal Pay Day 2013 S. 11

AG Frauen in der CDA:
Visionen für eine frauenfreundliche Gesellschaft S. 12

Karin Möhle:
Warum wir Gendermedizin brauchen S. 14

CDA-Spitze zu Gast im Kanzleramt:
Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel S. 18

CDA-Bundestagung im Mai:
Die Kanzlerin kommt nach Münster S. 19

Matthias Zimmer:
Das verflixte Wachstum S. 20

IMPRESSUM

Herausgeber
CDA Deutschlands
Zinnowitzer Str. 1
10115 Berlin

Redaktion
Anselm Kipp
Telefon: 030/922511-194
Telefax: 030/922511-2194
redaktion@soziale-ordnung.de

Verlag
CDA-Verlagsgesellschaft mbH,
Berlin

Gestaltung
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH
www.iconate.de

Anzeigen
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen.
Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Preis
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gültige Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2012.

Druck
Heider Druck GmbH,
Bergisch Gladbach

MEINUNG UND
DEBATTE

CDA INTERN



41,6

Hannes Kreller:
Sonntagsschutz erneut vertagt S. 22

Franz-Xaver Corneth:
Die Politik muss Mietprobleme aufnehmen S. 23

Regina Görner:
Die Finanztransaktionssteuer kommt S. 24

CDA Nordrhein-Westfalen:
Neujahrsempfang mit Lammert S. 26

CDA Dresden:
Premiere für das „Pflegefrühstück“ S. 28

CDA Oldenburg:
Laumann bei Demo gegen Lohndumping S. 29

Dokumentation:
Rückblick auf den CDU-Parteitag in Hannover S. 30

SO! eine:
Anita Euler S. 31

Mitgliederservice
Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Titelfoto
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Fotonachweis
jeweils ausgewiesen

**Die Redaktion behält sich vor, eingesandte
Texte redaktionell zu überarbeiten und zu
kürzen.**

DBB-AG:

Einladung zur Bundestagung

Die Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft dbb beamtenbund in der CDA findet am 4. Mai 2013 von 12 bis 15 Uhr in Düsseldorf statt. Stimm- und wahlberechtigt ist jedes CDA-Mitglied, das CDU-Mitglied und Mitglied des dbb beamtenbundes ist. Antragsschluss ist der 22. März, Anmeldeschluss für die interessierten Mitglieder ist der 31. März. Wer eine Einladung erhalten möchten, schickt bitte eine Mail an veranstaltungen@cda-bund.de oder meldet sich unter 030/922511150 in der Hauptgeschäftsstelle. Die Einladungen gehen allen, die sich in der Hauptgeschäftsstelle melden, fristgerecht 14 Tage vor der Bundestagung zu. Am gleichen Ort und Tag beginnt um 10.30 Uhr die Landestagung der CDA-dbb-AG NRW. Infos unter: www.cda-nrw.de/dbb-ag

SO! GESAGT

Das aktuelle Zitat

„Herr Steinbrück hat nach seiner aktiven Zeit als Minister Maß und Mitte verloren.“

Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann bezog mit diesen deutlichen Worten Stellung zu den immensen Honoraren, die der SPD-Kanzlerkandidat für Vorträge kassiert hatte. ■

CHRISTLICH-SOZIALE IN DER IG METALL

Neue Broschüre vorgestellt

„Der Mensch ist unser Maßstab“: So lautet der Titel einer Broschüre der Christlich-Sozialen in der IG Metall. Sie präsentiert Selbstverständnis und Ziele der „Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG-Metall“, die im April 1963 gegründet wurde – und folglich in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag feiert. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist Gerhard Gertsen, Betriebsrats-

vorsitzender bei Probat. Sein Vertreter ist Georg Keppeler, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Olpe. Beide sind Mitglied des Vorstands der IG Metall. Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden bei Gregor Callegari (Mail an: gregor.callegari@igmetall.de).



CDA

Buchtipp: Ratschläge für Verbrechenopfer

CDA-Bundesvorstandsmitglied Axel Knoerig empfiehlt „Keine Wut(h) im Bauch - Diagnose: Opfer“ (12 Euro, www.cwuth-medien.de): „Christiane Wuth aus Bad Nenndorf schildert in ihrem Buch, wie ein Überfall ihr Leben auf einen Schlag verändert hat. Die ehemalige Wirtschaftsberaterin kann heute nur mit Hilfe Dritter ihren Alltag bewältigen, nachdem sie 2011 von zwei Maskierten in ihrem Haus überfallen wurde. Ihre traumatischen Erfahrungen hat sie mit Ratschlägen für ähnlich Betroffene ergänzt.“

EINE FRAGE, STEFANIE VOGELANG

Was verstehen Sie unter Wohlstand?

Was ist Wohlstand? Darum geht es in der Bundestagskommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Für die Union ist unter anderen die Berlinerin Stefanie Vogelsang in dem Gremium. Sie leitet eine Projektgruppe zur Indikatorensuche:

„Wohlstand ist mehr als nur das nötige Geld, also auch nicht mit den Wachstumsraten des BIP allein zu beschreiben. Wohlstand bedeutet auch gesund



Stefanie Vogelsang (Quelle: Laurence Chaperon).

und frei mit guter Arbeit und guter Bildung in einer intakten Umwelt sicher leben zu können. Für all diese Aspekte gibt es aussagekräftige Indikatoren, die wir als Enquetekommission dem Deutschen Bundestag als zukünftiges Wohlstandsmaß empfehlen.“

CDA THÜRINGEN

Gustl Bergemann verabschiedet

Gustl Bergemann (links) mit Christine Lieberknecht und Thadäus König (Quelle: CDA Thüringen).

CDA-Bundesvorstandsmitglied Gustl Bergemann hat im November sein Amt als Landesvorsitzender in Thüringen an Thadäus König weitergegeben. Er war 22 Jahre lang Vorsitzender. Zum Stabwechsel kam auch CDU-Landeschefin und Ministerpräsidentin

Christine Lieberknecht. Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Martin Fischer, Matthias Kaiser und Ullrich Walter. Hans-Arno Simon ist Schatzmeister, Christian Bürger Schriftführer und Verantwortlicher für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

IG METALL

Prüfliste zu Arbeitsbedingungen bei Energiewende

Die IG Metall tritt dafür ein, bei der Energiewende nicht nur ökonomische und ökologische, sondern auch soziale Aspekte zu beachten. Dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen in der Industrie der erneuerbaren Energien. Mit einer Prüfliste will die Gewerkschaft es Entscheidungsträgern erleichtern, nachhaltig arbeitenden Anbietern den Zuschlag zu geben – ob Stadtwerke oder Kommunalpolitiker, die einen Windpark planen; oder Privatpersonen, die eine Solaranlage auf

ihrem Dach installieren möchten. Entlang einer Checkliste kann man so feststellen, wie nachhaltig etwa ein Hersteller von Windrädern arbeitet. Gilt ein Tarifvertrag in dem Unternehmen? Wie hoch ist der Anteil von Leiharbeitern? Gibt es familienfreundliche Arbeitszeiten? Wer Interesse an der „Scorecard“ hat, kann sie im Internet unter www.igmetall.de/scorecard herunterladen oder als Broschüre bei Sören Niemann-Findeisen (Soeren.Niemann-Findeisen@igmetall.de) anfordern.

**DIE CDA TRAUERT**

Elisabeth Katzer, Gattin des ehemaligen CDA-Bundesvorsitzenden Hans Katzer und Tochter Jakob Kaisers, ist am 21. Januar im Alter von 91 Jahren verstorben.

CDA

Eppelmann und Arentz feierten runde Geburtstage

Der ehemalige CDA-Bundesvorsitzende Rainer Eppelmann wurde am 12. Februar 70 Jahre alt. Der Berliner Theologe war zu Wendezeiten Mitglied des Zentralen Runden Tisches und Gründer des Demokratischen Aufbruchs. Aus dem Pfarrer wurde später ein Minister der letzten DDR-Regierung und ein langjähriger CDU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Eppelmann stand den Sozialausschüssen von 1994 bis 2001 vor. Er ist Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Auch Hejo Arentz, der von 2001 bis 2004 Vorsitzender der CDA war, feierte jüngst einen runden Geburtstag: Er wurde am 20. Januar 60 Jahre alt. ■

JUNGE CDA RHEINLAND-PFALZ

Landesverband neu gegründet

Neuer Anlauf in Mainz: Die Junge CDA Rheinland-Pfalz hat sich neu gegründet. Vorsitzender ist Aljoscha Schmidt, Stellvertreter ist Sven Stieffenhofer. Beide verfügen über politische Erfahrung aus anderen Ämtern in CDU und Junger Union. Als „Paten“ dabei: CDA-Landeschef Bardo Kraus und die Bezirksvorsitzenden Adolf Kessel und Sascha Kohlmann. In einem Thesenpapier wurden erste Positionen abgesteckt: Die Junge CDA will, dass die Ausbildung gegenüber dem Studium gestärkt wird.

BERICHT DES ARBEITSKREISES „HUMANISIERUNG DER ARBEITSWELT“:

Christlich-soziale Wege zu einer menschengerechteren Arbeitswelt

Seit Herbst 2011 tagte der von der Bundestagung beschlossene CDA-Arbeitskreis „Humanisierung der Arbeitswelt“. Dem Gremium gehörten an: Christian Bäumler (Leitung), Heidemarie Deist, Ingrid Freninez, Doris Leven, Karin Möhle, Joachim Specht, Martina Stabel-Franz und Karl-Hubert Troglauer. Nun liegt der Abschlussbericht vor. Die SO! dokumentiert hier kurze Auszüge, die vollständige Version (25 Seiten) kann im Internet unter www.cda-bund.de heruntergeladen oder mit einer Mail an orga@cda-bund.de als Broschüre bestellt werden.

1. Was uns trägt: Maximen christlich-sozialer Politik

Arbeit hat Würde: Dieses Credo der Christlich-Sozialen leitet unser politisches Handeln. Das christliche Menschenbild prägt unseren Blick auf die Arbeit. Erwerbsarbeit schafft die Voraussetzung für ein eigenständiges Leben. Es ist Aufgabe von Staat und Politik, die Teilhabe an Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung zu organisieren. Gemeinsam mit den Tarif- und Betriebspartnern schützen sie die körperliche und seelische Gesundheit der Beschäftigten. Für uns gelten folgende Maximen:

› Prävention hat Priorität: Wie im Arbeitsschutzgesetz festgelegt, müssen Gefahren vermieden und Beanspruchungen verringert werden. Ziel



Die Arbeitsgruppe bei einer Sitzung. Rechts: Christian Bäumler, der Leiter des Gremiums (Quelle: CDA).

ist es, ihre Entstehung zu verhindern, statt ihre Folgen zu lindern.

› Körper, Geist und Seele müssen geschützt werden: Der Schutz der Psyche im Job muss gleichwertig neben den technischen Arbeitsschutz und die Arbeitssicherheit treten.

› Prekäre Beschäftigung bedroht die Gesundheit: Eine humane Arbeitswelt braucht mehr als einen rein „technischen“ Arbeitsschutz. Wir brauchen auch einen „sozialpolitischen Arbeitsschutz“, der der zunehmenden Prekarisierung von Arbeit entgegenwirkt.

› Die Tarif- und Betriebspartner sind gefragt: In Deutschland gibt es einen

hohen gesetzlichen Arbeitsschutzstandard. Gerade beim Schutz der Psyche kommt es darauf an, dass die Betriebspartner in Unternehmen und Behörden an einem Strang ziehen.

› Der Ökonomisierung Einhalt gebieten: Wir lehnen Tendenzen der „totalen Ökonomisierung“ aller Lebensbereiche ab.

Menschengerecht ist die Arbeitswelt dann, wenn sie möglichst vielen Menschen auskömmliche, stabile und erträgliche Beschäftigung bietet.

2. Worum es uns geht: Wert und Würde von Arbeit

Weil Arbeit Wert und Würde hat, ist es die vordringliche Aufgabe des Arbeitnehmerschutzes, eine menschengerechte Arbeitswelt zu gestalten. Aus christlich-sozialer Perspektive erfüllt menschengerechte Arbeit vier Kriterien: Sie sichert das tägliche Brot, sie achtet die natürlichen Grenzen der Arbeitenden, sie hat einen Sinn und stiftet Identität. Menschengerechte Arbeit wird auskömmlich und gerecht entlohnt, ist verlässlich und stabil, schont Leib und Seele.

3. Was wir brauchen: Problemfelder und Lösungsansätze

- › Die Einhaltung von Arbeitsschutz-Regeln muss von staatlichen Stellen in ausreichendem Maße kontrolliert werden.
- › Die Vernetzung der Akteure im Arbeits- und Gesundheitsschutz muss weiter verbessert werden.
- › Der Schutz der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz muss ein Schwerpunkt der Arbeitsschutzpolitik werden.
- › Eine humanere Arbeitswelt braucht Partner, die Mitbestimmung leben und Arbeits- und Gesundheitsschutz gemeinsam und systematisch umsetzen.
- › Eine humane Arbeitswelt braucht einen Arbeitsmarkt, der auch auf die Integration Schwächerer ausgerichtet ist (Menschen mit Behinderungen, Leistungsschwächere).
- › Arbeitsverdichtung und eine übertriebene Leistungskultur sind Warnsignale, die in der Arbeitneh-

merschutzpolitik aufgegriffen werden müssen.

- › Die schwindende Tarifbindung schwächt die Betriebs- und Tarifpartner – und damit die Möglichkeit, Arbeitsbedingungen in der Sozialpartnerschaft zu regeln.

4. Was wir fordern: Politik für eine menschengerechtere Arbeitswelt

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- › das Konzept der CDU/CSU-Fraktion für die Einführung einer Lohnuntergrenze umzusetzen und in der Leiharbeit den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ konsequent durchzusetzen.
- › die prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Dazu gehört der massenhafte Missbrauch von Werkverträgen als Mittel des Lohndumpings und als Tarnung von Scheinselbstständigkeit. Dazu gehört der Anstieg der Befristungen insbesondere mit Blick auf die junge Generation.
- › eine Durchführungsverordnung zum Arbeitsschutzgesetz vorzulegen, die Unternehmen und Behörden sowie Betriebs- und Personalräten und Belegschaften konkrete Anleitungen vorgibt, wie der Schutz vor psychischer Überlastung und daraus resultierenden Erkrankungen in der Praxis gestaltet werden muss.
- › den Reha-Deckel zeitnah zu erhöhen und den Schutz in der Rentenversicherung für den Fall der Erwerbsminderung zu verbessern.
- › die Präventionsstrategie des Gesundheitsministeriums konsequent

umzusetzen und dazu ein Präventionsgesetz vorzulegen. Ziel muss sein, Gesundheitsmanagement und betriebliche Gesundheitsförderung in immer mehr Unternehmen einzuführen.

Wir fordern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf,

- › den Beschluss der Arbeitnehmergruppe „Für eine Humanisierung der Arbeitswelt – Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz stärken“ als Antrag in den Deutschen Bundestag einzubringen. Wir unterstützen insbesondere die Forderungen nach mehr Förderung von Forschungen zu psychischen Erkrankungen im Job und ihrer Prävention, nach Sanktionen bei Nichtbeachtung der Pflicht zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen sowie nach einem Ausbau der Förderung von Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung im SGB VII.

Wir fordern die Sozialpartner auf,

- › sich für eine funktionierende betriebliche Gesundheitsförderung in möglichst vielen Betrieben und Behörden einzusetzen.
- › Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz zum Gegenstand von Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu machen, auch zur Personalbemessung und Führungskultur.
- › die Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz und den Landespersonalvertretungsgesetzen bzw. dem Bundespersonalvertretungsgesetz mehr als bisher dazu zu nutzen, arbeitnehmerschutzrelevante Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln.

ELKE HANNACK ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN VON MINIJOBS UND CO.:

Die Politik muss prekäre Beschäftigung eindämmen

In diesem Beitrag erläutert Elke Hannack, wie es zur Ausweitung der prekären Beschäftigung kam, welche Folgen das vor allem für die Frauen hat – und was die Politik jetzt tun muss. Hannack ist Vorstandsmitglied der Gewerkschaft ver.di und stellvertretende Vorsitzende der CDA.

In den letzten Monaten wurde kaum ein Thema so leidenschaftlich diskutiert wie die auf uns zurollende Welle massiver Altersarmut. Konzepte wurden entwickelt: Die CDU forderte eine „Lebensleistungsrente“, die SPD entwickelte die „Solidarrente“, die Grünen die „Garantierrente“ und die Linke forderte eine Mindestsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. Einig war man sich, dass Altersarmut künftig vor allem Frauen treffen wird.

Das allerdings ist keine neue Erkenntnis. Die Gewerkschaften machen seit Jahren auf die Problematik aufmerksam. Bereits 2003 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung mit dem „Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ die Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigung von 325 Euro auf 400 Euro angehoben und die 15 Stunden-Grenze abgeschafft. Die Versicherungspflicht in Nebenjobs wurde aufgehoben. Arbeitgeber wurden durch Pauschalierung der Sozialversicherungsbeiträge und eine minimale Besteuerung privilegiert, wenn sie geringfügige Beschäftigung anboten. Damit hatte die Regierung einen fatalen Anreiz dafür geschaffen, in großem Stil Nor-



Elke Hannack (Quelle: ver.di/Kay Herschermann)

malarbeitsverhältnisse in so genannte „Minijobs“ zu zerstückeln.

Minijobs werden selten tarifgerecht bezahlt

Mittlerweile arbeiten 7,5 Millionen Menschen in einem Minijob, 80 Prozent sind Frauen. Fast fünf Millionen haben den Minijob als einziges Erwerbseinkommen. Der durchschnittliche Stundenlohn bei Minijobs liegt bei 5 Euro. In Minijobs wird selten tarifgerecht nach der ausgeübten Tätigkeit eingruppiert und gezahlt. Oft gibt es weder bezahlten Urlaub noch Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – obwohl Rechtsanspruch darauf besteht. Viele Arbeitgeber wälzen sogar die pauschalen Sozialversicherungsbeiträge auf die Minijobberinnen und Minijobber ab.

Auch andere atypische Beschäftigungsformen (Zeitarbeit, Leiharbeit, Befristungen, Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden) sind prekär. Denn prekär ist ein Arbeitsverhältnis, wenn die Beschäftigten bei ihrer Arbeit ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau haben, das unter dem Standard liegt, der gesellschaftlich anerkannt ist.

Für ein Jahr Arbeit 3 Euro Rente

Nach dieser Definition ist der überwiegende Teil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse prekär. Sie sind nicht geeignet, auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen und/oder deren soziale Sicherung zu gewährleisten. Prekär Beschäftigten ist es häufig nicht möglich, ausreichend Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme einzubringen. Viele Leistungen knüpfen aber direkt an das Einkommen an, wodurch prekär Beschäftigte keine ausreichende soziale Absicherung erlangen können. Am deutlichsten wird das in der Rentenversicherung.

Wer ein Jahr rentenversicherungsfrei in einem 400 Euro-Job arbeitet, bekommt einen „Zuschlag an Entgeltpunkten“, der einer monatlichen Rente von 3,20 Euro entspricht. Bei der Neuregelung der Minijobs auf 450 Euro und einer Rentenversicherungspflicht kann die geringfügig Beschäftigte zukünftig den pauschalen Arbeitgeberbeitrag selbst aufstocken. Der Aufstockungsbetrag macht zurzeit bei einem 400 Euro-Job 15,60 Euro monatlich aus. Dafür er-

wirbt die Beschäftigte eine monatliche Rente von vier Euro. Immerhin: Mit der Aufwertung zu vollwertigen Pflichtbeiträgen können die Anwartschaften für Erwerbsminderungsrenten erhalten und die Voraussetzungen für eine Rehabilitationsmaßnahme erfüllt werden.

Beim Einkommen liegen die Frauen weit hinten

Vor Altersarmut wird diese Form der prekären Beschäftigung nicht schützen. Frauen haben insgesamt weit geringere Alterseinkünfte als Männer. Das liegt unter anderem an den niedrigen Erwerbseinkommen. Mit einem durchschnittlichen Verdienstabstand von 23 Prozent liegen die Erwerbseinkommen der Frauen weit hinter denen ihrer männlichen Kollegen. Das hat gravierende Auswirkungen sowohl auf die eigenständige Existenzsicherung als auch auf die Absicherung im Alter. Entgeltgleichheit, tarifvertragliche Regelungen zu guter Arbeit und existenzsichernde Einkommen sind wichtige Voraussetzungen, damit Frauen künftig besser vor Altersarmut geschützt sind.



Dagmar König beim Equal Pay Day 2012 (Foto: CDA Berlin).

Die Politik muss dafür sorgen, dass prekäre Arbeitsverhältnisse eingedämmt und bessere Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit gestaltet werden. Dazu gehören eine faire Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, eine bessere Betreuungsinfrastruktur und eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik.

Dagmar König zum Equal Pay Day:

Es geht um Gerechtigkeit, um gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit für Frauen und Männer. Eine Selbstverständlichkeit, meinen Sie? Wir meinen das auch. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Frauen werden weltweit erheblich schlechter bezahlt. In Deutschland beträgt die Lohndifferenz laut EU-Statistik 23 Prozent: Wir sind im europäischen Vergleich Viertletzte.

Der Equal Pay Day zeigt, wie viele Tage Frauen mehr benötigen, um den gleichen Jahresdurchschnittslohn wie ihre Kollegen zu erarbeiten. Für 2012 hätten Frauen in Deutschland bis zum 21. März 2013 arbeiten müssen, um die gleiche Lohnsumme zu erreichen, die die Männer bereits Sylvester 2012 verbuchen konnten.

Die ersten Aktionen zu Equal Pay fanden in den USA statt, inzwischen gibt es sie in vielen Ländern. Damit wird klar: Es geht nicht um Einzelschicksale, sondern um geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen. Wir nehmen das nicht hin und sind am Equal Pay Day dabei. Sie auch?

**DURCH
NACHT
ZUM
LICHT?**

GESCHICHTE
DER ARBEITERBEWEGUNG
1863 - 2013

2. FEBRUAR - 25. AUGUST 2013

GROSSE '13
LANDES-AUSSTELLUNG
Baden-Württemberg



TECHNOSEUM

Landesmuseum
für Technik und Arbeit
in Mannheim



Baden-Württemberg

www.technoseum.de
Museumsstr. 1, 68165 Mannheim

PORTRÄT DER AG FRAUEN IN DER CDA:

Visionen für eine frauenfreundliche Gesellschaft

Die Arbeitsgemeinschaft Frauen in der CDA hat sich auf ihrer letzten Bundestagung im September 2012 in Wiesbaden vor allem mit den folgenden Themen beschäftigt:

1. Entgeltgleichheit schaffen

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Dies hat viele Ursachen. Zum einen wählen Frauen oft schlechter bezahlte Berufe und steigen in den Hierarchien nicht so weit auf wie Männer. Zum anderen unterbrechen Frauen ihren Berufsweg häufig zu Gunsten von Erziehung und Pflege. Aber oft ist es auch so, dass nicht wenige Frauen für dieselbe Arbeit weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. In Deutschland arbeitet zudem ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Die meisten davon sind Frauen, denen trotz langer Berufstätigkeit Altersarmut droht. Wegen Familienpausen und Pflegezeiten fehlen vielen Frauen auch Beitragsjahre. Dies bedeutet, dass sie bei der Rente doppelt benachteiligt werden.

2. Altersarmut

Frauen übernehmen in unserer Gesellschaft meistens die Verantwortung für die Familie im häuslichen Bereich. Sie kümmern sich um die Versorgung und Erziehung der Kinder, pflegen ihre Angehörigen und übernehmen viele unentgeltlichen Ehrenämter in Schule,



Gruppenbild der Arbeitsgemeinschaft Frauen in der CDA von der Bundestagung im September 2012 in Wiesbaden (Quelle: Müller/R+V-Versicherungen).

Vereinsleben und Kirche. Das familiäre und gesellschaftliche Engagement geht jedoch zulasten ihrer eigenen Berufstätigkeit und demzufolge der eigenen Altersabsicherung. Wer sich „nur“ ehrenamtlich unentgeltlich engagiert bzw. einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen kann, hat im Alter nur geringe Rentenansprüche, sodass Altersarmut droht.

3. Frauenquote

Im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft sind Frauen selten in der Führungsspitze anzutreffen. Sowohl bei Amtsleitungen, Abteilungsleitungen, Vorstands- oder Aufsichtsratspositionen sind Frauen unterrepräsentiert. Circa 12 Prozent der Aufsichtsratspo-

sitionen der großen deutschen Unternehmen sind zum Beispiel mit Frauen besetzt, obwohl Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Das ist eindeutig zu wenig! Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen und da dies offensichtlich nicht freiwillig geschieht, kommen wir an einer gesetzlichen Quote früher oder später nicht vorbei.

4. Betreuungsgeld

Regelungsbedarf besteht auch beim Thema Betreuungsgeld: Die Frauen in der CDA haben sich grundsätzlich für die Einführung eines Betreuungsgeldes ausgesprochen. Das Betreuungsgeld sollte unserer Meinung nach jedoch nicht ausbezahlt werden, sondern

direkt an die Rentenkasse fließen. Es liegt in der Natur des Menschen, dass gegenwärtiges Einkommen mehr geschätzt wird als zukünftiges. Deshalb ist die Politik gefordert, heute dafür Sorge zu tragen, dass Frauen, die heute Kinder erziehen, nicht morgen in die Altersarmut fallen und dann von staatlich finanzierter Grundsicherung leben müssen.

5. Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente

Viele Mütter haben sich in der Vergangenheit für eine längere berufliche Unterbrechungszeit zur Erziehung ihrer Kinder entschieden. Diese Entscheidung wird seit dem Bundesparteitag der CDU 2003 mit zwei zusätzlichen Entgeltpunkten in der Rente anerkannt. Leider gilt dies nur für Kinder, die ab 1992 geboren wurden. Eine Umsetzung dieses Beschlusses für ältere Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, steht noch aus. Eine Angleichung an die Regelung für alle Mütter unabhängig davon, wann

ihre Kinder zur Welt kamen, ist unseres Erachtens eine Frage der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung.

Die AG Frauen in der CDA fordern deshalb:

- dass langjährig Beschäftigte eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten sollen,
- dass schnellstmöglich eine Lohnuntergrenze festgeschrieben werden muss,

- dass Erziehungszeiten auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, in der Rente so angerechnet werden müssen, wie für ab 1992 geborene Kinder,

- dass eine gesetzliche Frauenquote für Frauen in Führungspositionen in mittleren und großen Unternehmen sowie dem öffentlichen Dienst eingeführt werden muss,

- dass das Betreuungsgeld den Erziehenden für ihre Rente zugutekommt.

Karin Möhle

Die langjährige Vorsitzende Karin Möhle (Baden-Württemberg) wurde in Wiesbaden mit überwältigender Mehrheit in ihrem Amt bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Birgitt Beier (NRW), Dagmar König (Berlin) und Monika Sturm (Sachsen-Anhalt). Zur Schriftführerin gewählt wurde Barbara Schneider-Siegler (Hessen). Folgende zehn Beisitzerinnen arbeiten zukünftig im Bundesvorstand der Frauen mit: Tabea Burchartz (NRW), Monika Dorst (Rheinland-Pfalz), Beate Heß (Thüringen), Elona Hubracht-Verhasselt (NRW), Corinna Christine Maack (NRW), Petra Müllenbach (Brandenburg), Gabriele Racka-Watzlawek (NRW), Hiltraud Ritter (Schleswig-Holstein), Gesine Saft (Niedersachsen) und Andrea Winterhager (NRW).

Anzeige



[Placeholder for a large block of illegible text]

[Placeholder for a block of illegible text]

[Placeholder for a block of illegible text]



KARIN MÖHLE ÜBER GENDERMEDIZIN:

Leben retten durch eine geschlechtergerechte medizinische Versorgung

Karin Möhle ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Frauen in der CDA und Bundesvorstandsmitglied. Hier erläutert sie, warum die beiden Geschlechter eine spezielle medizinische Versorgung brauchen.

Es galt lange Zeit als unumstößlich, dass die medizinische Versorgung für Frauen und Männer gleich zu erfolgen hat. Kaum jemand in der medizinischen Welt hat erkannt, dass sich insbesondere die Wirkungsweise von Medikamenten oder auch die Symptome verschiedener Erkrankungen zum Beispiel bei einem Herzinfarkt oder bei Diabetes bei Frauen und Männern grundlegend unterscheiden können.

Erst in jüngster Zeit wurden an verschiedenen Hochschulen wie zum Beispiel Münster und Essen-Duisburg so genannte „geschlechtersensible Lehrmodule“ eingerichtet. Bei der Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern sollen stärker als bisher geschlechterspezifische Aspekte bei der Planung und Ausgestaltung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung eine Rolle spielen. Auch sollen die unterschiedlichen Gesundheitsbedürfnisse von Männern und Frauen in der Forschung Berücksichtigung finden.

Herzinfarkte werden bei Frauen oft nicht erkannt

Bereits heute werden in der Psychiatrie bei der Behandlung von Depressionen, Essstörungen, Medikamentenabhängigkeit sowie Alkohol- und Rauschdrogen-



Frauen brauchen eine andere medizinische Versorgung als Männer.

abhängigkeit Erkenntnisse der „Gendermedizin“ berücksichtigt. Aber auch bei der Diagnose von Herzinfarkten hat man dazu gelernt: Bei Frauen äußert sich ein Herzinfarkt nach heutiger Erkenntnis eher „untypisch“, weshalb der Herzinfarkt bei Frauen eine der häufigsten Todesursachen ist. Die Symptome sind bei Frauen eher Müdigkeit, Schlafstörungen, Kurzatmigkeit, Oberbauchbeschwerden und Übelkeit. Die Folge ist, dass ein Herzinfarkt bei einer Frau oftmals zu spät oder gar nicht erkannt wird. Die lebensrettende Behandlung wird unnötig verschleppt oder es findet keine rechtzeitige Behandlung statt.

Auch bei Männern wurde die geschlechtergerechte Behandlung zum Beispiel in der Psychiatrie bisher vernachlässigt. Depressionen werden beim Mann nur selten rechtzeitig und oft sogar nicht erkannt. Männer bauen eine Fassade auf, hinter der sie ihre tatsächliche Gefühlslage vor der

Außenwelt verstecken. Das Gleiche gilt bei einer Erkrankung wie Schizophrenie. Frauen haben eher „Positivsymptome“, wie Halluzinationen, Wahnideen und formale Denkstörungen (Gedankenabriss, Gedankenentzug etc.). Männer neigen hingegen zu „Negativsymptomen“ wie Gemütsverflachung, emotionale Isolationsneigung etc. Die Beispiele sind nicht abschließend und könnten beliebig erweitert werden.

Wir brauchen ein Lehrmodul Gendermedizin

Die Frauen in der CDA haben sich in den letzten Jahren immer wieder intensiv mit dem Thema beschäftigt und hierzu einige Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht: Wir sind der Auffassung, dass das Lehrmodul „Gendermedizin“ zwingender Bestandteil von Ausbildung und Prüfung (Berufsabschluss) in allen medizinischen Berufen sein muss. Bereits zugelassene

Medizinerinnen und Mediziner sollen, soweit sie nicht bereits in ihrer Ausbildung Gendermedizin als eigenständigen Bestandteil ihres Studiums belegt haben, verpflichtend entsprechende Fortbildungen innerhalb einer angemessenen Frist nachweisen.

In der Vergangenheit mussten für die Zulassung neuer Arzneimittel keine geschlechterdifferenzierten Untersuchungen beigebracht werden. Oftmals wurden Versuchsreihen lediglich an jungen, gesunden Männern durchgeführt. Dies hat sich erst vor einigen Jahren geändert. Immer noch – und sicher auch für lange Zeit – sind aber Arzneimittel im Umlauf, bei denen die unterschiedlichen Wirkungen auf Frauen und Männer nie oder nicht ausreichend untersucht wurden – und auch nicht bekannt sind. Dies kann

zu schwer wiegenden Folgen führen. Angesichts der heutigen Erkenntnisse der Gendermedizin ist aber eine umfassende Kenntnis darüber unabdingbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Wir sind deshalb der Auffassung, dass auch für bereits zugelassene Arzneimittel nachträglich geschlechterdifferenzierte Studien zu Wirkung und Verträglichkeit erstellt werden müssen. Dies ist zumindest für die am häufigsten verschriebenen und gekauften Arzneimittel sicherzustellen.

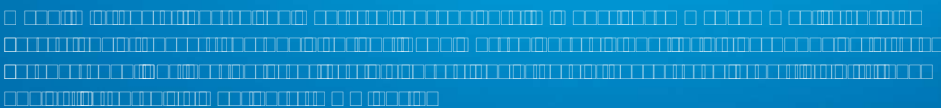
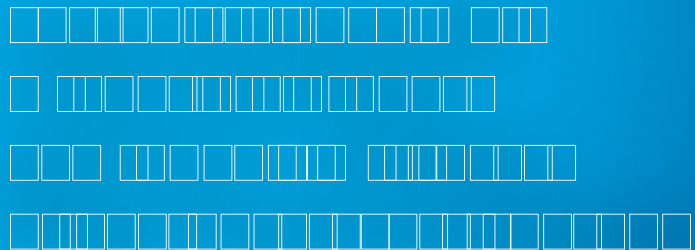
Wann kommt der Kongress zur Frauengesundheit?

Ebenso brauchen wir eine noch stärkere geschlechterbezogene Forschung sowohl bei der Erkenntnis, wie Krankheiten bei Frauen und Männern entstehen, als auch wie Medikamente und Therapien auf die

unterschiedlichen Organismen und die Psyche von Frauen und Männern wirken.

Geschlechtergerechte Differenzierung in der Medizin nützt Frauen und Männern gleichermaßen. Im Januar hatten das Bundesgesundheitsministerium und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Kongress „Männergesundheit als Herausforderung für Prävention und Gesundheitsversorgung“ eingeladen. Das Thema Frauengesundheit steht wohl noch aus. Zumindest wurden bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowohl für Männer als auch für Frauen eigene GesundheitsInternetseiten eingerichtet (www.frauengesundheitsportal.de und www.maennergesundheitsportal.de), was als positives Zeichen gewertet werden kann. Es gilt noch mehr, das Bewusstsein zu schärfen und so langfristig Leben zu retten.

Anzeige



KATRIN MENKE VOM DGB ÜBER „FAMILIENERNÄHRERINNEN“:

Geld für die Familie verdienen? Immer öfter Frauensache!

Frauen tragen zunehmend die finanzielle Verantwortung in der Familie. Katrin Menke vom DGB stellt das Projekt „Familienernährerinnen“ vor, das von DGB und Bundesfrauenministerium getragen wird.

Jede Frau kann im Lebensverlauf Familienernährerin werden – nach einer Scheidung, wenn der Partner seinen Job verliert oder weil sie erfolgreicher ist im Job. Bereits für jeden fünften Mehrpersonenhaushalt verdienen Frauen den größeren Teil des Haushaltseinkommens oder unterhalten von ihrem Einkommen sogar allein die Familie. Tendenz steigend! Warum?

Familienernährerinnen. Eine weibliche Erfolgsgeschichte?

Die Gesellschaft hat sich gewandelt. Frauen können und wollen heute häufiger denn je erwerbstätig sein und eigenes Geld erwirtschaften. Die guten Berufs- und Bildungsabschlüsse von Frauen sprechen für sich. Mit einer qualifizierten Ausbildung steigt die Wahrscheinlichkeit auf einen gut entlohnten Beruf. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Frauen zunehmend den „Löwenanteil“ im Familienzusammenhang erwirtschaften. Es irrt aber, wer glaubt, Familienernährerinnen seien mehrheitlich Akademikerinnen, deren finanzielle Verantwortung für die Familie auf einer bewussten Entscheidung der Familie getroffen wurde.

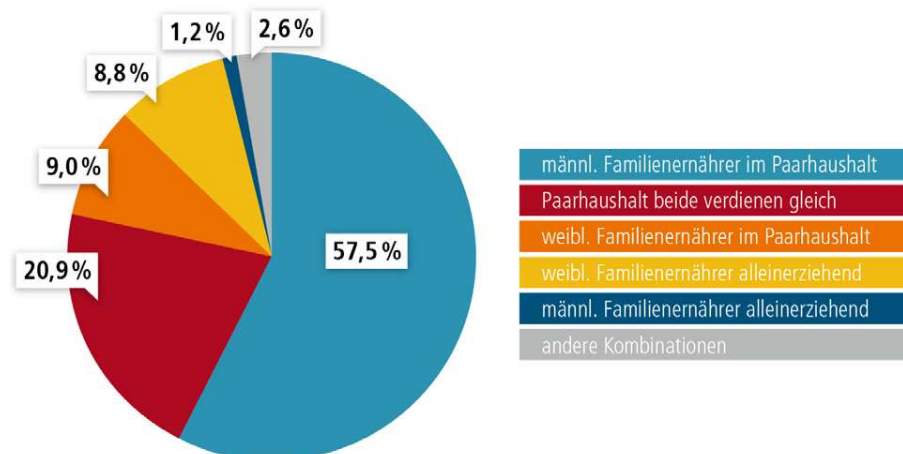
Wo Männer als Familienernährer ausfallen, müssen Frauen einspringen

Auch die Arbeitswelt hat sich gewandelt. Seit einigen Jahren ist in Deutschland ein Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen. Die Anzahl von Befristungen nahm ebenso zu wie die Verbreitung von Leiharbeit, Minijobs und (Solo)Selbstständigkeit. Die Anzahl der Teilzeitstellen hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre verdoppelt. Inzwischen arbeiten nur noch rund 60 Prozent aller Erwerbstätigen in einem so genannten „Normalarbeitsverhältnis“, auf einer unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle. Die Folge dieser Entwicklung: Männern fällt es schwer, kontinuierlich einen Lohn zu verdienen, der für die gesamte Familie reicht. Wo der Familienernährer

ausfällt, müssen Frauen mit ihrem Verdienst einspringen. Die Mehrzahl der Partner von Hauptverdienerinnen ist arbeitslos, erwerbsunfähig oder erwerbschaftet nur ein geringes Einkommen. Und als Alleinerziehende ernähren Frauen schon lange ihre Familie. Frauen rutschen also häufig ungeplant in die Rolle der Ernährerin – und nicht selten gegen ihren Willen.

Familienlohn für Frauen? Fehlanzeige!

Fest steht: Frauen müssen unter anderen Bedingungen die Familie ernähren als Männer. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung. Auch heute müssen Frauen bei gleicher Qualifizierung noch immer rund drei Monate länger arbeiten, um



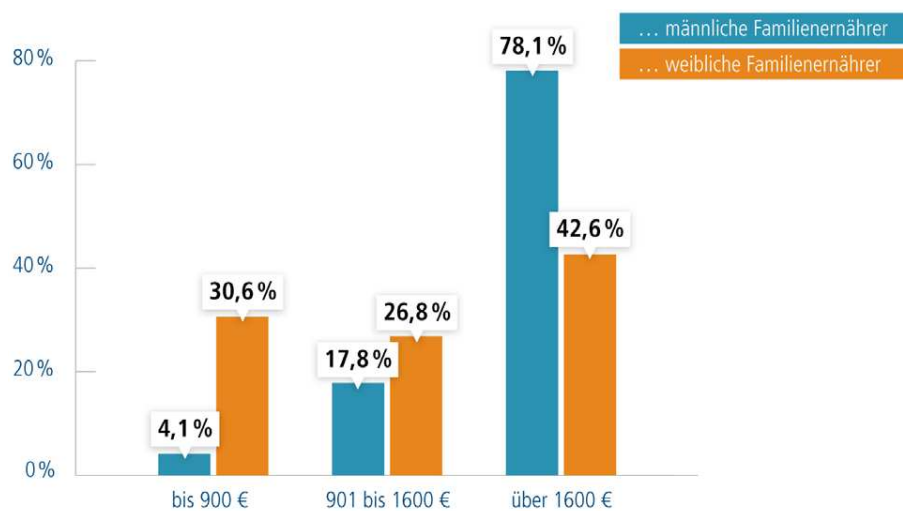
Mehrpersonenerwerbshaushalte in Deutschland (2007) (Quelle: SOEP, Brehmer/Klenner/Klammer 2010).

auf das Jahresgehalt ihrer Kollegen zu kommen. In Führungspositionen sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. Die Erklärungsversuche dafür sind vielfältig: Frauen verhandeln nicht gut, wenn es um Lohn und Gehalt geht, Frauen unterbrechen ihre Berufstätigkeit familienbedingt und sie konzentrieren sich bei der Berufswahl auf solche, die schlecht bezahlt werden. Das klingt plausibel. Aber: Warum sprechen wir in Deutschland nicht über das, was wir verdienen? Wer nicht weiß, dass er für die gleiche Leistung weniger erhält als der Kollege, kann sich nicht dagegen wehren. Warum lassen sich bei uns berufliches Fortkommen und Familienaufgaben so schlecht miteinander vereinbaren? Auch Männer, die familiäre Verpflichtungen übernehmen, beklagen sich zunehmend darüber.

Und warum werden technische Berufe eigentlich besser bezahlt als Betreuungs- und Sorgeaufgaben? Der Dienst am Menschen ist sicher nicht weniger wert als die Arbeit mit Technik. All dies führt zu einer Schlechterstellung von Familien mit weiblichem Haushaltsvorstand. Trotz Erwerbstätigkeit verdienen Frauen in der Rolle der Ernährerin wenig. Fast ein Drittel muss mit weniger als 900 Euro im Monat über die Runden kommen, ein weiteres Drittel mit bis zu 1.600 Euro. Männer verdienen dagegen mehrheitlich über 1.600 Euro netto im Monat. Viele Familien mit weiblichem Haushaltsvorstand sind deshalb von Armut bedroht.

Flexibel, aber nicht familiengerecht. Familienernährerinnen im Job.

Noch immer werden Frauen im Betrieb eher als Zuverdienerin betrachtet. Ihr Einkommen gilt als Nebenverdienst,



Das individuelle Nettoeinkommen im Monat von Frauen (2007) (Quelle: SOEP, Brehmer/Klamer/Klammer 2010).

auf den notfalls verzichtet werden kann. Welcher Chef geht schon davon aus, dass von dem Gehalt seiner Angestellten eine ganze Familie lebt? Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in aller Munde. Aber im beruflichen Alltag kämpfen Familienernährerinnen wie viele Frauen mit familienunfreundlichen Arbeitsbedingungen. Schicht-, Nacht- und Wochenenddienst sind in vielen Berufen und Branchen, in denen zumeist Frauen – also auch Familienernährerinnen – erwerbstätig sind, die Regel. Überstunden und Präsenzkultur prägen den Arbeitsalltag vieler, wo eigentlich Planbarkeit und Mitbestimmung stehen müssten. Von dem Unterschied zwischen flexiblen und familiengerechten Arbeitsbedingungen wissen viele Hauptverdienerinnen zu berichten – vor allem Alleinerziehende.

Gerade Familienernährerinnen zeigen, dass die Balance von Beruf und Fürsorgearbeit letztlich über Art und Umfang

der Erwerbstätigkeit von Frauen entscheidet – und damit auch bestimmt, wie gut es einer wachsenden Gruppe von Frauen gelingt, sich, ihre Partner und/oder Kinder finanziell abzusichern.

Fazit: Gleichstellungspolitische Lücken erkennen und schließen.

Familienernährerinnen zeigen deutlich die bestehenden Lücken in der Gleichstellungs- und Arbeitsmarktpolitik. Frauen und Männer (!) wollen heute beides, einen Job mit eigenem Einkommen und Zeit für die Familie. Ein neuer Blick auf Frauenerwerbstätigkeit ist notwendig, denn das Einkommen von Frauen ist längst ein unverzichtbarer Bestandteil für Familien geworden. Notwendig sind gesellschaftliches Umdenken, betriebliches Handeln und gesetzliche Vorgaben, um die Beschäftigungs- und Lebensbedingungen von Hauptverdienerinnen und ihren Familien zu verbessern.

ULMER BETRIEBSKRANKENKASSE STARTET PROJEKT:

Unternehmen richtet psychosomatische Sprechstunde ein

Die Ulmer Wieland-Werke haben eine der ältesten Betriebskrankenkassen Deutschlands. Aber nicht nur das macht sie interessant: Noch spannender ist das Pilotprojekt des Herstellers von Kupferprodukten zur Vorbeugung vor psychischen Erkrankungen der 3.600 Beschäftigten. BKK-Vorstand Jürgen Schneider stellte es nun CDA-Schatzmeister Willi Zylajew vor. In der SO! erläutert Schneider, wie erfolgreich das Projekt ist.

Wechselnde Arbeitsgruppen, Zeitdruck und größere Arbeitsvolumen bestimmen den Alltag von immer mehr Beschäftigten. Psychische Erkrankungen wie chronische Erschöpfung, die auf die Arbeitsbedingungen zurückzuführen sind, sind

auf dem Vormarsch. Für uns Anlass genug, genau dort anzusetzen: am Arbeitsplatz. Wir haben eine psychosomatische Sprechstunde direkt im Betrieb, in Kooperation mit Betriebsärzten und der Uniklinik Ulm eingerichtet. Sie soll Hemmschwellen abbauen und unkompliziert Hilfe vermitteln. Symptome wie Schlafstörungen, innere Unruhe, Gereiztheit oder Erschöpfung können unbehandelt schwere psychische Erkrankungen auslösen.

Schnell erwies sich das Projekt als Erfolg: Für drei Viertel der Beschäftigten, die das Angebot bisher angenommen haben, war die Sprechstunde der erste Kontakt mit einer psychotherapeutischen Beratung. Nach ein bis zwei Terminen im Betrieb wird bei Bedarf eine Kurztherapie mit zehn

Sitzungen vermittelt. Die Beschäftigten müssen sich nicht selbst auf die Suche nach einem Therapeuten begeben und sind nicht den oft langen Wartezeiten ausgesetzt.

Fakten zum Projekt

78 Prozent im Projekt „Psychosomatische Sprechstunde“ sind Männer. In 72 Prozent der Fälle wird ein Konflikt am Arbeitsplatz als Haupt- oder Mitursache für die Belastungssituation genannt. Bei 87 Prozent der Teilnehmer erfolgte die Diagnose einer psychischen Erkrankung. Jede dritte Diagnose weist auf eine Depression hin. 70 Prozent waren nach spätestens einem halben Jahr symptomfrei. (www.bkkimunternehmen.de)

CDA-Spitze zu Gast im Kanzleramt



Einladung bei der Kanzlerin: Die Mitglieder der Geschäftsführenden Vorstände der CDA und der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion waren im November zu Gast bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Themen des einstündigen Gesprächs im Kabinetssaal des Berliner Kanzleramts waren unter anderem die Einführung einer Lohnuntergrenze und die Rentenpolitik (Quelle: Bundesregierung/ Guido Bergmann).

CDA-BUNDESTAGUNG AM 25. UND 26. MAI 2013:

Die Kanzlerin kommt nach Münster!

Gute Nachricht aus dem Kanzleramt: Die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht die CDA-Bundestagung am 25. Mai 2013 in der Halle Münsterland in Münster. Voraussichtlich mittags wird sie zu den Delegierten und Gästen sprechen. Schon jetzt wird an dem Leit Antrag gefeilt: Bald können alle CDA-Gliederungen Änderungsanträge dazu stellen.

Derzeit bereitet der Bundesvorstand den Entwurf für den Leit Antrag vor. Er soll unter dem Titel stehen „Teilhaben – Mitgestalten – Zusammenhalten: Christlich-soziale Politik für unser Gemeinwesen“. Der Text steht ab dem 19. Februar 2013 auf der Internetseite www.cda-bund.de zum Herunterladen bereit.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der SO! war der Entwurf noch nicht vom Vorstand verabschiedet. Geplant ist, den Schwerpunkt auf den Zusammenhalt der Gesellschaft zu legen. Im vorläufigen Entwurf heißt es dazu:

Wir Christlich-Sozialen wollen ein Gemeinwesen, in dem jede und jeder sich entfalten, ein ihrer und seiner Würde entsprechendes,



Verstehen sich gut: Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann und Bundeskanzlerin Angela Merkel (Quelle: Roland Rochlitzer / CDU Nordrhein-Westfalen).

gelingendes Leben führen kann. Dafür wollen wir den Rahmen schaffen. Wir treten ein für (...) einen stärkeren Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte; eine Art des Wirtschaftens, die materiellen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppelt; die Befähigung zu einem eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Leben, vor allem durch Bildung, durch zielgenaue Arbeitsmarktpolitik, aber auch durch Integration und Inklusion; Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung. (...) Vor diesem Hin-

tergrund wollen wir Christlich-Sozialen jene Institutionen stärken, die Teilhabe, Mitgestaltung und Zusammenhalt ermöglichen.

In einem zweiten Teil werden konkrete politische Forderungen abgeleitet und in ausführlichen Kapiteln dargestellt: Starke Familien, gute Arbeit, mitbestimmte Wirtschaft, solidarische Sozialversicherungen, lebendige Zivilgesellschaft, handlungsfähige Kommunen.

Anzeige



Das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) der Stiftung CSP e. V. lädt ein
Wir bieten politische Fort- und Weiterbildung für engagierte Menschen aus christlich-sozialer Verantwortung an. Weitere Infos zu den Seminaren im Internet unter www.azk.de oder telefonisch 02223 – 73 119 (Regina Ochs)



„Politische Bildung bringt auf Augenhöhe!“ – Aktuelles aus unserem Bildungsprogramm 2013

Aufstieg durch Bildung		Ende der Kleinstaaterei: Föderalismus in Deutschland – zukunftssträftig?	Das Jahr der Entscheidung: Bundestagswahl 2013
05.-07.04.2013	6.933	Tagungsort:	
Konzentrierte Macht: von Großkonzernen und Managern – ein Blick hinter die Kulissen von deutschen Großunternehmen		Bildungszentrum Wildbad Kreuth	01.-03.07.2013
		03.-05.06.2013	6.924
21.-24.05.2013	6.923		

MATTHIAS ZIMMER ÜBER DIE BUNDESTAGS-ENQUETE ZUR LEBENSQUALITÄT:

Das verflixte Wachstum

Hier beschreibt Matthias Zimmer die Debatten und Positionen in der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags, deren stellvertretender Vorsitzender er ist. Zimmer ist hessischer CDA-Landesvorsitzender und stellvertretender CDA-Bundesvorsitzender. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt ist zu erreichen unter matthias.zimmer@bundestag.de.

Beinahe unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat die Enquetekommission getagt. Es begann mit der Idee, Wachstum nicht mehr ausschließlich über eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu definieren. Das ist sinnvoll und wird von vielen anderen Ländern bereits praktiziert. Wachstum koppelt sich ab einem gewissen Grad der Sättigung von Wohlstand und individuellem Wohlbefinden ab, kann diesen sogar gegenläufig sein. Die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes sagt dann nichts mehr darüber aus, ob es den Menschen besser geht. Das Bruttoinlandsprodukt messe, so hat Robert Kennedy einmal zugespitzt, alles, nur nicht das, was den Menschen wirklich wichtig sei. Insofern war und ist die Überlegung, ob Wachstum denn noch eng mit dem Wohlbefinden der Menschen zusammenhängt, notwendig und wichtig.

Ein Blick in den ideologischen Maschinenraum

In den Hintergrund gedrängt ist die Kommissionsarbeit aber durch die Krise in



Matthias Zimmer und Regina Görner im Gespräch am Rande der Delegiertenvorbesprechung der CDA vor dem CDU-Bundesparteitag (Quelle: CDA).

Europa, zu deren Behebung quer durch die Parteien Wachstum anempfohlen wird. Die Zeit der wachstumskritischen Überlegungen scheint vorüber, der neue Konsens lautet: Erst, wenn wir wieder genügend Wachstum haben, können wir über Perspektiven jenseits des Wachstums sprechen. Die FDP ist auf einen unbedingten Wachstumskurs eingeschwenkt, die Union tut sich damit noch etwas schwer. Ein Blick in den ideologischen Maschinenraum beider Parteien mag erklären, warum dies so ist.

Zwei prominente Vertreter der Koalition als Sachverständige in der Kommission sind Meinhard Miegel (CDU) und Karl-Heinz Paqué (FDP). Beide haben kurz vor der Einsetzung der Kommission lesenswerte Bücher vorgelegt, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

Paqué empfiehlt Wachstum als Problemlöser par excellence. Alle Probleme,



Karl-Heinz Paqué, *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*. München: Hanser 2010

Meinhard Miegel, *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2010 (in Lizenz des Propyläen-Verlags)

die durch Wachstum entstanden sind, können durch Wachstum auch wieder gelöst werden; Folgetechnik ist die Folge von Technikfolgen, wenn die Marktanreize nur stimmen. Hier widerspricht Miegel, dessen Buch *Wohlstand ohne Wachstum* anempfiehlt: Die Probleme, die wir haben, schreibt er mit Verweis auf ein Bonmot von Albert Einstein, können nicht mit derselben Denkungsart gelöst werden, die diese Probleme

hervorgebracht hat. Miegel verweist auf die vielen gesellschaftlich, sozial und ökologisch aufgelaufenen Probleme des Wachstums. Wohlstand könne nicht heißen, mehr zu haben, sondern weniger zu benötigen.

Der Mensch ist nicht bloß Konsument

Hinter diesen beiden unterschiedlichen Ansätzen stecken Konzepte, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Miegel argumentiert vom Menschenbild her. Der Mensch ist nicht bloß Nutzenmaximierer und Konsument, er geht nicht im Materiellen auf. Menschliche Würde formuliert einen Anspruch, der die geistigen Potenzen des Menschen anspricht. Er stellt die Sinnfrage mit Bezug auf sein Leben. Was ist also ein gutes, ein gelingendes Leben? Sicherlich nicht eines, das nur von Lustmaximierung und Unlustvermeidung definiert ist. Sondern ein Leben in Maß und

Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags hat Ende Januar beschlossen, dass der gesellschaftliche Wohlstand künftig nicht mehr am Bruttoinlandsprodukt gemessen werden soll. Ersetzt werden soll es durch einen „Wohlstandsindikatorenansatz“. Dahinter verbirgt sich der Gedanke, dass künftig ein System von so genannten „Leitindikatoren“ zu materiellem Wohlstand, sozialer Teilhabe und Ökologie das Ausmaß des Wohlbefindens darstellen soll. Das Votum wurde von CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam getragen. Mehr Infos stehen im Internet unter der Adresse www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete.

Mitte, ein Leben, das erfüllt ist durch Familie und Freundschaft, auch durch die Hinwendung zu transzendentalen Fragen, durch den Glauben. Unschwer sind hier sowohl konservative als auch christliche Motive erkennbar. Ludwig Erhard hat dies einmal auf den Punkt gebracht, als er formulierte, dass Wohlstand eine Grundlage, aber kein Leitbild der Lebensgestaltung sei. Menschliches Leben erfüllt sich jenseits von Angebot und Nachfrage.

Für Paqué hingegen ist der Mensch vorrangig ein homo oeconomicus. Ihm geht es um die Leistungsfähigkeit eines auf Marktstrukturen beruhenden Systems des Wettbewerbs. Innerhalb eines solchen, wohl geordneten Systems gibt es keine prinzipiellen Grenzen des Wachstums. Politik besteht darin, dem wirtschaftlichen System kluge Leitplanken zu geben, damit es zum Nutzen aller funktionieren kann. Menschen können dann, auf der Grundlage einer nicht nur quantitativ, sondern zunehmend qualitativ wachsenden Wirtschaft, ihre eigenen Präferenzen verwirklichen. War bei Miegel der Blick vom Menschen auf das wirtschaftliche System entscheidend, betont Paqué die Leistungen des wirtschaftlichen Systems für die Bedürfnisbefriedigung des Menschen. Für die Union ist dies deshalb problematisch, weil Miegel in seiner Argumentation für die christliche und konservative Tradition der Union steht, Paqué hingegen für eine liberale Tradition, die in der Union auch stark vertreten ist. Wie also stehen wir zu Wachstum? Ein Wachstum um seiner selbst willen scheint zu wenig, es ist ohne Wert und damit leer. Aber ein Verzicht auf Wachstum bereitet Probleme, etwa bei der Frage, ob dann noch genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Auf die Grundwerte zurückbesinnen

Hinzu kommen die Folgewirkungen einer nur auf Wachstum setzenden Politik: Überlastung im Arbeitsleben, rastloser Konsum, ökologische Probleme. Wo hat der Mensch seine Mitte, wie kann er leben, ohne die Natur auszubeuten und die Kosten seiner Lebensweise seinen Kindern und Enkeln zu hinterlassen? Das sind Fragen, die auch für die CDA eine Rückbesinnung auf die Grundwerte erfordert. Und, wie es Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ bekräftigt hat, die Ausrichtung der Wirtschaft auf das Gemeinwohl. Viel Arbeit also noch für die Enquetekommission, die ihren Bericht im Sommer 2013 abgeben will.

Bildungskongress mit Kanzlerin

Um betriebliche Ausbildung und berufsbegleitende Qualifizierung geht es bei einem Demografiekongress mit Kanzlerin Angela Merkel, den die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. April 2013 von 13 bis 16 Uhr im Berliner Reichstagsgebäude durchführt. Wie stellen Unternehmen sicher, dass sie junge Leute mit betrieblicher Praxis finden? Was tut die Koalition, um junge Menschen zu fördern, die Unterstützung beim Weg ins Berufsleben brauchen? Diese Fragen beantworten neben der Kanzlerin der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß. Ein Programm mit Hinweisen zur Anmeldung wird in Kürze auf der Homepage www.cda-bund.de zu finden sein.

KAB-EXPERTE HANNES KRELLER ZUR EU-ARBEITSZEITRICHTLINIE:

Das war's – Europaweiter Schutz des Sonntags erneut vertagt

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB) kritisiert, dass die Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie erneut auf Eis gelegt wurde. KAB-Experte Hannes Kreller fordert hier, den europaweiten Schutz des Sonntags aufzunehmen.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf europäischer Ebene zur Reform der EU-Arbeitszeitrichtlinie sind gescheitert. Um was ging es? Die Neudefinition von Arbeitszeit stand zur Disposition – und Regelungen, um Arbeit und Leben der Beschäftigten und ihrer Familien in Balance zu halten. Gemäß der Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) muss jeder Mitgliedsstaat sichern, dass Beschäftigte (mindestens) unter anderem folgende Rechte haben:

- Begrenzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit, die einschließlich Überstunden 48 Stunden nicht überschreiten darf;
- Pro 24-Stunden-Zeitraum eine tägliche Mindestruhezeit von elf zusammenhängenden Stunden;
- Pro Siebentageszeitraum eine kontinuierliche Mindestruhezeit von 24 Stunden zuzüglich der täglichen Ruhezeit von elf Stunden.

Durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wurde die Definition von Arbeitszeit erweitert. Abweichend von nationalen Bestimmungen entschied der EuGH, dass Bereitschaftsdienst, der Anwesenheit am Arbeitsplatz erfordert, nicht als Ruhe- oder Freizeit, sondern voll als Arbeitszeit anzuse-



Hannes Kreller (Quelle: KAB).

hen sei – und damit im Grundsatz 48 Wochenstunden nicht überschreiten darf. Die Folge waren so genannte „Out-put“-Regelungen. „Out-put“ bedeutet, dass durch Klauseln in Arbeitsverträgen eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden überschritten werden kann.

Die Arbeitgeber wollten eine Aufweichung der Arbeitszeitdefinition mit einer neuen Zeitkategorie, einer inaktiven Zeit. Dies hätte dazu führen können, dass auf Flughäfen die Arbeitszeit der Reinigungsdienste nur für die tatsächliche Reinigungszeit gewertet würde. Wartezeiten oder Wegzeiten wären für Arbeitgeber inaktive Zeiten, die zu Lohnreduzierungen führen. Bei gleichem Lohn wären Überstunden angesagt. Bisherige Mindeststandards im Arbeits- und Gesundheitsschutz würden außer Kraft gesetzt.

Die Gewerkschaften drängten auf eine Streichung der „Out-put“-Regelungen im

europäischen Recht und eine stärkere Ausrichtung der Arbeitszeiten auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben („work-life-balance“).

In diesem Zusammenhang ist auch der europaweite Schutz des Sonntags erneut vertagt worden, den wir als KAB und als europaweites Netzwerk einer Allianz für den freien Sonntag (www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de) in der Arbeitszeitrichtlinie verankern wollten. Der gemeinsame freie Sonntag ist die kollektive Unterbrechung der Hektik des Alltags. Er garantiert unseren Lebensrhythmus und macht so gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Leben möglich. Er gewährt gemeinsame freie Zeit für das Leben in Partnerschaften, Familien und Freundeskreisen. Er bewahrt uns vor der totalen Ökonomisierung des Lebens und schützt vor dem Ausverkauf der Zeit. Der arbeitsfreie Sonntag ist das Symbol für alle Menschen, unabhängig von einer religiösen Prägung, dass Leben mehr ist als Arbeit. Der Zeittakt der Wirtschaft und die geplante und verplante Zeit der Arbeit haben eine sinnvolle Grenze: den Sonntag.

Die KAB appelliert deshalb an die Sozialpartner, das Scheitern der Verhandlungen nicht als Ende, sondern als Anfang für neue Gespräche zu sehen. Europa braucht nicht nur eine Währungsunion, sondern auch eine Sozial- und Kulturunion, in der der Sonntag allgemein als arbeitsfreier Tag deklariert wird. Mit dem Abbruch der Verhandlungen ist nun wieder die Europäische Kommission gefordert.

FRANZ-XAVER CORNETH ÜBER DIE AKTUELLE MIETERSCHUTZPOLITIK:

Die Politik muss die Mietprobleme endlich aufnehmen



Franz-Xaver Corneth (Quelle: Mieterverein Köln)

Die Mieterschutzpolitik ist nach langer Zeit wieder in den Schlagzeilen: Die Mieten steigen, die Politik überschlägt sich mit Vorschlägen, wie man einen weiteren Anstieg verhindern oder einschränken kann. Franz-Xaver Corneth erläutert, was hinter der Debatte steckt. Er ist CDA-Bundesvorstandsmitglied und Bezirksvorsitzender der CDA Mittelrhein. Außerdem fungiert er als Vorsitzender des Mietervereins Köln und hat Sitz und Stimme im Präsidium des Deutschen Mieterbundes.

Es ist richtig und wichtig, dass – von wem auch immer – die dringenden Wohnungs- und Mietenprobleme aufgegriffen und in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Gleichzeitig müssen konkrete Lösungsvorschläge angeboten werden. In Großstädten, Ballungsgebieten und Universitätsstädten fehlen mehr als 250.000 Wohnungen. Dras-

tische Mietpreissteigerungen, in erster Linie bei den so genannten Neuvertragsmieten, sind die Folge. Hier liegen die Mieten vielerorts 30 Prozent und mehr über den Mieten in bestehenden Mietverhältnissen.

Die Höhe der Neuvertragsmieten begrenzen

Wohnen muss bezahlbar bleiben. Die Begrenzung der Neuvertragsmieten ist überfällig. Bei einem Mieterwechsel, das heißt bei Abschluss eines neuen Mietvertrages, kann der Vermieter heute die Miete in nahezu beliebiger Höhe festsetzen. Leidtragende dieser Rechtslage sind die Mieterinnen und Mieter, die aus beruflichen Gründen einen Wohnungswechsel vornehmen müssen, junge Menschen, die eine Familie gründen oder Studenten, die neu in die Stadt ziehen. Damit diese Mietergruppen eine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben, ist eine Obergrenze bei Neuvertragsmieten erforderlich. Letztlich darf nicht vergessen werden, dass die hohen Neuvertragsmieten von heute die Bestandsmieten von morgen sein werden. Auch deshalb ist eine Begrenzung bei Neuvertragsmieten überfällig.

Das Bestellerprinzip muss auch bei Maklern gelten

Auch die Bundesratsinitiative des Hamburger Senats zur Neuregelung des Maklerrechts mit dem Ziel, die Mieter von Maklerkosten zu entlasten, ist aus meiner Sicht zu begrüßen. Schaltet der

Vermieter einen Makler ein, der ihm die Arbeit der Mietersuche und -auswahl abnimmt, soll er dafür auch bezahlen. Das ist das Bestellerprinzip. Dies muss auch im Zusammenhang mit der Maklerprovision gelten. Vermieter können vor Beauftragung eines Maklers prüfen, ob sie oder ihre Hausverwaltung die Vermarktung der Wohnungen nicht selbst übernehmen können. Ein Vermieter, der den Makler bestellt, wird auch nicht automatisch die gesetzlich zulässige, höchstmögliche Maklerprovision von zwei Monatsmieten plus Mehrwertsteuer zahlen. Der Vermieter kann nämlich auch einen anderen Makler beauftragen, einen preiswerteren oder einen, der mehr Service oder eine umfangreichere Dienstleistung bietet. Diese Chance hat bei der geltenden Rechtslage ein Wohnungssuchender nicht.

Die von der Mittelstands-Union geäußerte Befürchtung von niedrigeren Renditen beim städtischen Wohnraum sehe ich nicht, die exorbitant steigenden Neuvermietungs-mieten, aber auch die laufenden Mieterhöhungen nach der ortsüblichen Vergleichsmiete gewährleisten eine ausreichende und solide Rendite, auch für den privaten Kleinvermieter.

Franz-Xaver Corneth ist seit 1971 CDA-Mitglied. Seit 2006 ist er im Geschäftsführenden Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen, seit 2009 zusätzlich im Bundesvorstand.

REGINA GÖRNER ÜBER DIE „STEUER GEGEN ARMUT“:

Endlich: Die Finanztransaktionssteuer kommt!



Regina Görner (Quelle: CDA; Foto: Markus Kirchgessner)

Regina Görner erläutert in diesem Beitrag, warum eine Finanztransaktionssteuer aus ihrer Sicht überfällig ist – und wem das Steueraufkommen zugutekommen sollte. Die Autorin ist CDA-Vorstandsmitglied. Sie ist zu erreichen unter: regina.goerner@igmetall.de.

Für jede wirtschaftliche Transaktion wird Umsatz- oder Mehrwertsteuer fällig – habe ich immer gedacht. Die Steuer soll sicherstellen, dass der Staat sich aus dem wirtschaftlichen Geschehen finanzieren kann – und nicht nur aus den Einkommen der Steuerpflichtigen. Andernfalls wäre es vor allem der Faktor „Arbeit“, der die Steuerlast zu tragen hätte.

Was ich früher nicht wusste: Auf Finanzdienstleistungen entfällt in den meisten

Ländern keine Mehrwertsteuer. Finanztransaktionen werden so künstlich billig gehalten. Das verstärkt den Anreiz, Geld in die Finanzwirtschaft zu investieren statt in die Realwirtschaft. Dort wird das Geld für Investitionen eingesetzt. Man kann es also nicht sofort zurückholen, wenn anderswo höhere Erträge locken.

Blitzschnell werden Milliarden umgeschlagen

Deshalb ist in der Realwirtschaft, in der wirkliche Werte geschaffen werden, Geld für Investitionen nur noch schwer zu bekommen – obwohl genug Geld auf den Märkten ist. Das Kapital fließt in einen Bereich, der nur fiktive „Werte“ schafft, ohne die Gesellschaft voranzubringen.

Weil es nichts kostet, Geld zu handeln, entsteht ein Anreiz, möglichst viel Geld möglichst schnell überall auf der Welt umzuschlagen. Moderne Kommunikationsmittel, die in Sekundenbruchteilen Handel weltweit ermöglichen, fördern diese Entwicklung. Und da man Geld weder verpacken noch verschiffen muss, fällt das niemandem auf – nur denen, die daran verdienen: den Bankern. Ihr Einkommen ist oft an ihre Umsätze gebunden. Jeden Tag werden weltweit gigantische Summen umgeschlagen. Sie machen ein Vielfaches dessen aus, was in der Realwirtschaft geleistet wird.

Wenn der kleine Zinsvorteil zählt

„Turbohandel“ nennt man das: Winzigste Zinsvorteile nutzt man, die irgendwo vorübergehend an den internationalen

Finanzmärkten entstehen. Je mehr Transaktionen man in kürzester Zeit hinbekommt, desto rentabler ist das Geschäft mit den kleinen Zinsabständen. Computerprogramme machen diese Transaktionen möglich, kein Mensch wird tätig und schafft Mehrwert, der Wachstum und Wohlstand ermöglicht. Wenn große Teile des Wirtschaftsgeschehens keinen Beitrag zum Funktionieren des Staates leisten, sind öffentliche Armut und Schulden vorprogrammiert.

Der Turbohandel ist mitverantwortlich für die Wirtschafts- und Finanzkrise in aller Welt. Betroffen waren und sind vor allem diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Sozialabbau hat nicht nur bei uns die Armut wachsen lassen. Die Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt stagniert. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet.

Eine Steuer würde das Turbotempo drosseln

Neoliberale Ideologien haben bisher verhindert, dass für die Finanzmärkte international ein Ordnungsrahmen geschaffen wurde, der Markt und Wettbewerb lenkt. Seit 2008 sind viele Forderungen nach Bändigung der Finanzmärkte erhoben worden. Das Kernproblem, der Turbohandel, ist nicht unter Kontrolle. Immer noch haben die Staatshaushalte nichts von Finanztransaktionen.

Jahrelang ist diskutiert worden, ob und wie man „Widerhaken“ in die Turbohandelsströme bringen kann. Sie sollen das Tempo drosseln und die Banken an der

Finanzierung der Folgen der Finanzkrise beteiligen. Finanztransaktionen mit einer Steuer zu belegen, könnte beide Probleme lösen. Das ist schwer umzusetzen: Kapital ist scheu, die Geldströme machen an Landesgrenzen nicht Halt. Viele Länder wollen nicht warten, bis die letzten Bedenkenträger auch überzeugt sind.

Merkel und Schäuble haben sich durchgesetzt

Gegen eine Finanztransaktionssteuer sind vor allem Länder, die ihre Realwirtschaft vernachlässigt haben. Dazu gehört Großbritannien – obwohl es für den Finanzplatz London längst eine Umsatzsteuer auf Finanzprodukte gibt. Das Projekt lag lange auf Eis, weil in der EU eine Einstimmigkeitsregel gilt. Jetzt gibt es einen Durchbruch – vor allem Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen haben dafür gekämpft. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble haben jetzt genug Eurozonländer überzeugt, mit einer eigenen Initiative die Finanztransaktionssteuer zu ermöglichen. Dazu wird eine Ausnahmeregel genutzt, die erstmals angewendet wird.

Die CDA fordert die Finanztransaktionssteuer seit Jahren. Nahezu zeitgleich sind 2012 einzelne CSA-Kreisverbände und der CDA-Bundesvorstand einer Initiative beigetreten, die der Jesuit Joerg Alt in den sozialen Netzwerken gegründet hatte. Sie trägt den Titel „Kampagne Steuer gegen Armut – Die Finanztransaktionssteuer“ und hat dazu beigetragen, das Thema in Politik und Öffentlichkeit publikzu machen.

0,01 Prozent für die Armen

Druck ist weiter nötig: Die Umsetzung der Beschlüsse der Finanzminister steht aus,

Widerstand aus der Finanzwirtschaft ist weiter zu erwarten. Es darf kein Sand ins Getriebe kommen. Und wir müssen verhindern, dass die Armen in der Welt weiter leer ausgehen. Deshalb fordern wir als CDA, die Erlöse der Finanztransaktionssteuer für diese Armutsbekämpfung einzusetzen.

Die Finanztransaktionssteuer löst sicher nicht alle Probleme. Sie wird die für die Realwirtschaft und das Alltagsleben der Menschen notwendigen Transaktionen nicht verteuern. Wohlgedacht: Wir reden hier nicht über Steuersätze von 19 oder 7 Prozent, in der Diskussion sind gerade einmal 0,01 Prozent! Das werden weder Kleinsparer noch Mittelstand spüren, aber das Turbogeschäft wird Attraktivität einbüßen.

Beschluss der CDA-Bundestagung 2011:

Vorrangig geht es darum, Armut insbesondere in Entwicklungsländern zu bekämpfen und den Menschen eine Perspektive zu geben. Wer Armut bekämpft, bekämpft zugleich die Ursachen von Kinderarbeit und Ausbeutung. (...). Der Erlös aus einer Finanztransaktionssteuer – die auch um ihrer Lenkungswirkung willen eingeführt werden sollte – soll auch der Armutsbekämpfung zugutekommen. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer darf nicht mit dem Hinweis, es beteiligten sich nicht hinreichend Länder daran, vertagt werden. Im Gegenteil: Die Bundesregierung muss in Europa und international dafür werben und gemeinsam mit starken europäischen Partnern eine Vorreiterrolle übernehmen.

Der Mensch ist wichtiger als die Maschine

Dagmar König ist stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Frauen in der CDA. Hier fordert sie mehr gesellschaftliche Anerkennung von sozialen Berufen – und mehr Gehalt!

Wenn wir auf die Gehaltsabrechnung von Pflegekräften oder Erzieherinnen schauen und sie mit denen von Beschäftigten in der Metall- oder Chemiebranche vergleichen, dann wird deutlich: Hier kann etwas nicht stimmen! Auffällig ist, dass vor allem Berufe, in denen eine Professionalisierung ehemals häuslicher und familiärer Tätigkeiten stattgefunden hat – also typische Frauenberufe – geringe Wertschätzung erfahren. Zwar wird immer von allen Seiten betont, wie wichtig eben diese Berufsfelder für unsere Gesellschaft seien. Aber über die Entlohnung wird kaum gesprochen. Unsere Wirtschaft baut aber doch darauf auf, Wertschätzung über Entlohnung auszudrücken... Wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion über den Wert von Arbeit, für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt. Wir müssen uns – auch aus christlicher Verantwortung heraus – darüber klar werden, welchen Stellenwert wir der Arbeit mit, für und an Menschen beimessen. In unserer Gesellschaft muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Wir müssen die stärken, die täglich mit Hingabe und Verantwortungsbewusstsein ihre Arbeit zum Wohle der ihnen anvertrauten Menschen gestalten.

CDA SAARBRÜCKEN

Standaktion in der Innenstadt

Flugblätter verteilen, Passanten ansprechen, für die CDA werben: CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp (rechts) war im November Gast einer Standaktion der CDA Saarbrücken. Mit dabei: Kreisvorsitzende Martina Stabel-Franz und der saarländische Sozialminister Andreas Storm (Quelle: CDA Saarbrücken/Ulrich Schnur).



CDA-AG BETRIEBSARBEIT

Spende für „Schule statt Steinbruch“

Die CDA-Betriebsgruppe der Kölner Verkehrs-Betriebe hat auf ihrem Sommerfest im Juni für die Aktion „Schule statt Steinbruch“ gesammelt – und einen stattlichen Scheck eingereicht. Mit dem Geld wird eine Schule in Indien unterstützt. Am Rande einer Sitzung des CDA-Bundesvorstands überreichte Hauptgeschäftsführer Martin Kamp eine Dankesurkunde an Oliver Czernik, der Vorsitzender der Kölner Betriebsgruppe und der CDA-AG Betriebsarbeit ist.



Oliver Czernik (links) mit Martin Kamp und Urkunde (Quelle: CDA).

CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

Neujahrsempfang mit Norbert Lammert

Über 300 Gäste kamen im Januar zum Neujahrsempfang der CDA Nordrhein-Westfalen ins Haus der Kirche nach Bielefeld. Unter den Gästen waren Vertreter aus Politik, Gewerkschaften, Kirche und Sozialverbänden, darunter Steffen Kampeter (CDU-Bezirksvorsitzender Ostwestfalen-Lippe) und Angelika Gemkow (Vorsitzende der CDA Ostwestfalen-Lippe). Der Landesvorsitzende Ralf Brauksiepe begrüßte die Gäste und forderte in seiner Rede, die CDU müsse weiter für die Einführung einer Lohnuntergrenze kämpfen und den Kampf gegen Altersarmut fortsetzen.

Ehrengast und Gastredner war Bundestagspräsident Norbert Lammert. Er hob die wichtige Rolle der europäischen Einigung für Deutschland



Bundestagspräsident Norbert Lammert war Gast bei der nordrhein-westfälischen CDA (Quelle: CDA Nordrhein-Westfalen).

hervor. Insbesondere die Aussöhnung mit den europäischen Nachbarstaaten habe die Überwindung der innerdeutschen Teilung erst möglich gemacht. Dieser Umstand nehme Deutschland in die Pflicht und Verantwortung, einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Krise im europäischen Währungsraum zu leisten, so Lammert.

CGB-AG NORDRHEIN-WESTFALEN

Landestagung bestätigt Ulrich Bösl im Amt

Der CDA-Landesvorsitzende Ralf Brauksiepe und der CDU-Landtagsabgeordnete Oskar Burkert besuchten im Januar die nordrhein-westfälische Landestagung der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft in Duisburg. Dort standen Neuwahlen auf dem Programm: Ulrich Bösl wurde als Vorsitzender wiedergewählt, Stellvertreter ist Stefan Brokopf, Beisitzer sind Reinhard Assmann und Franz Heitbaum.

CDA BREMEN

Rainer Bensch kämpft für Klinikhygiene

Der von CDA-Bundesvorstandsmitglied Rainer Bensch initiierte Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“ des Bremischen Landtags hat nun Empfehlungen für eine bessere Klinikhygiene vorgelegt. Im Herbst 2011 waren in Bremen Frühgeborene an Krankenhauskeimen gestorben. Es bestand der Verdacht, staatliche Stellen hätten Meldevorschriften nicht eingehalten. Der Bürgerschaftsabgeordnete und Diplompflegewirt Bensch steht für Fragen, aber auch für Vorträge auf CDA-Veranstaltungen zur Verfügung (Mail an: bensch@cdu-bremen.de).

CDA KOBLENZ

Lob für örtlichen Bewährungshilfeverein



Viel Lob zollten Mitglieder der Koblenzer CDA um Josef Perscheid (3. von links) dem Verein „Koblenzer Bewährungshilfe“ bei einem Treffen. Der Verein hilft straffällig Gewordenen dabei, sich wieder in der Arbeitswelt einzufinden. Er bietet Beschäftigung in einer Holzwerkstatt und im Betrieb „Alldienst“, der Kleintransporte durchführt. Bei dem Gespräch dabei war der CDU-Landtagsabgeordnete Andreas Biebricher (2. von rechts; Quelle: CDA Koblenz).



CDA SCHLESWIG-HOLSTEIN

Werner Kalinka wiedergewählt

Die Delegierten des Jahreskongresses in Neumünster wählten im Dezember Werner Kalinka (3. von rechts) mit 97 Prozent der Stimmen erneut zum CDA-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein. Als Stellvertreter bestätigten sie Werner Weiss, Andreas Ellendt und Holger Diehr – jeweils mit großer Mehrheit. Neue Schatzmeisterin ist Bundesvorstandsmitglied Hiltraud Ritter. Als Beisitzer arbeiten im Vorstand mit: Melanie Meisenbach, Ute Gruchot, Hans-Walter Henningsen, Maik Neubacher, Karl-Heinrich Senckel und Anton Josov. Inhaltlich spielte die Nachlese zur Landtagswahl die Hauptrolle. Kalinka forderte die Landes-CDU auf, sich programmatisch neu aufzustellen und ihr sozialpolitisches Profil zu schärfen (Quelle: CDA Schleswig-Holstein).

SO! GESCHEHEN:

Der CDA-Ticker

+++ CDA Ruhrgebiet: Andreas Schlüter bleibt Vorsitzender des Bezirksverbandes. Er wurde zum dritten Mal im Amt bestätigt. Die Landtagsabgeordnete Claudia Middendorf, Bundesvorstandsmitglied Dennis Radtke und „Urgestein“ Dieter Landskrone sind seine Vertreter. Landskrone gehört in wechselnden Funktionen dem Vorstand bereits seit Gründung des Bezirks 1986 an **+++ CDA Siegen:** Hartmut Steuber wurde als Kreisvorsitzender bestätigt. Stellvertreter sind Jörn Hoffmann, Stephan Laubach und Jens Schmitt **+++ CDA Münsterland:** Die Sozialrichterin Gaby Comos-

Aldejohann löste nun den Landtagsabgeordneten Bernhard Tenhumberg (trat nicht erneut an) als Bezirksvorsitzende ab. Unterstützt wird sie von vier Stellvertretern: Thomas Buß, Ralf Steindorf, Paul Janocha und Martin Pancke. Schriftführer ist Hagen Libeau, Pressesprecher Andre Braune. **+++ CDA Trier:** Sascha Kohlmann bleibt Bezirksvorsitzender. Die Mitglieder stellten ihm drei Stellvertreterinnen zur Seite: Christiane Schmitz, Birgit Pesth und Marina Jordanowa-Etteldorf. Einen Gastvortrag hielt der CDA-Kollege und Landtagsabgeordnete Bernhard Henter **+++**



CDA SIEGEN

Verdienstkreuz für Hartmut Steuber

Der Siegener CDA-Kreisvorsitzende Hartmut Steuber (Mitte), der Personalratsvorsitzende des dortigen Kreiswehrrersatzamts, erhielt nun das Bundesverdienstkreuz am Bande. Georg Stuke, Präsident der Wehrbereichsverwaltung West, überreichte ihm die Auszeichnung für sein vielfältiges Engagement. Grüße überbrachte Daniel Güttler (links), Landessozialsekretär der CDA Nordrhein-Westfalen. Er erinnerte daran, dass Steuber der Schöpfer des bekannten „Roswith Oerter“-Arbeitnehmerpreises ist. Steuber ist seit 2002 Kreisvorsitzender, er gehörte lange auch dem Landesvorstand an (Quelle: CDA Nordrhein-Westfalen).



CDA SAARLAND

CDA trauert um Günther Schacht

Die saarländische CDA trauert um ihren Ehrevorsitzenden Günther Schacht. Er starb am 14. November 2012 im Alter von 83 Jahren. Schacht war von 1970 bis 1988 CDA-Landesvorsitzender und von 1970 bis 1990 Mitglied des Landtages. Er hatte zahlreiche Ämter inne – unter anderem war er der erste Umweltminister des Saarlandes.

CDA AACHEN

Aufruf zur Solidarität mit der Bundeswehr

Die Aachener CDA hat anlässlich des „Bundeswehr-Geburtstages“ am 12. November dazu aufgerufen, die Verdienste der Soldatinnen und Soldaten zu würdigen. Nicht wenige CDAler trugen an diesem Tag eine gelbe Schleife als Zeichen der Achtung und Sympathie für die Bundeswehr. „Es kann und darf nicht sein, dass Soldaten aus Angst vor Anfeindungen auf das Tragen ihrer Uniform außerhalb von Kasernen verzichten“, erläutert der Kreisvorsitzende Jürgen Bruckmann die Aktion. Im Oktober hatten die Christlich-Sozialen die Streitkräftebasis auf der Hardthöhe in Bonn besucht. Anschließend stand eine Fahrt zum UN Campus im ehemaligen Abgeordnetenhochhaus Langer Eugen auf dem Programm.

CDA DRESDEN

Premiere für das „Pflegefürhstück“

Der CDA-Kreisverband Dresden veranstaltete am 9. Januar das erste „Pflegefürhstück“. Das ist eine neue Aktion des sächsischen CDA-Landesverbandes: Der Vorsitzende Alexander Krauß zieht mit einem Vortrag mit regionalen Zahlen zur Pflegesituation durch das Land: „Wir laden nicht nur CDA-Mitglieder zu den Pfelefürhstücken ein, sondern alle CDU-Mitglieder und Fachpersonal aus Pflegeeinrichtungen und Berufsschulen“. Krauß ist auch stellvertretender CDA-Bundesvorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der sächsischen CDU-Landtagsfraktion.

CDA NIEDERSACHSEN

Max Matthiesen holt erneut Direktmandat

Der niedersächsische CDA-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Max Matthiesen hat bei der Landtagswahl im Januar sein Direktmandat verteidigt. Er war im Wahlkampf unter anderem vom CDA-Bundesvorsitzenden Karl-Josef Lauermann unterstützt worden. Dem neuen niedersächsischen Landtag gehören insgesamt 18 CDA-Mitglieder an. Max Matthiesen ist Sozialpolitiker und gehört dem Landtag in Hannover seit 2003 an. Sein Wahlkreis ist Barsinghausen.

CDA WETTERAU

Thomas Mann berichtete über die Schuldenkrise

Unter dem Titel „Wie kommen wir aus der Schuldenkrise?“ referierte der CDU-Europaabgeordnete und CDA-Kollege Thomas Mann im Bürgerhaus Friedberg-Ockstadt. Eingeladen hatte ihn die CDA Wetterau, angeführt vom Vorsitzenden Rudi Schön. Mann gehörte dem Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) des Europaparlaments an. Er sprach sich gegen Eurobonds aus, bei denen Deutschland für defizitäre Mitgliedstaaten aufkommen müsse. Dagegen begrüßte er die so genannten EU-Projektbonds: Diese sehen gegenseitige finanzielle Garantien für gemeinsame Vorhaben vor, beispielsweise für den Bau von Solarparks in Griechenland.

ARBEITNEHMERGRUPPE DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Junge Gewerkschaftsgruppe auf Stippvisite

Eine Delegation der DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisches Land (darunter einige CDA-Kolleginnen und -kollegen!) kam zur Stippvisite in den Deutschen Bundestag. Unter anderem trafen sie sich mit Peter Weiß (4. von links), dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Quelle: Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion).

CDA-BETRIEBSGRUPPE THYSSEN-KRUPP-STEEL

Gespräch mit Brauksiepe

Der nordrhein-westfälische CDA-Landesvorsitzende Ralf Brauksiepe traf sich jüngst mit der CDA-Betriebsgruppe Thyssen-Krupp-Steel in Duisburg. Sie sprachen über die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und die Einführung der Rente mit 67. An dem Treffen nahmen der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Günter Back und Betriebsgruppensprecher Bernd



Kruse teil (Quelle: CDA Nordrhein-Westfalen).

LESERBRIEF

Eberhard Helsper aus Mudersbach-Sieg zur Arbeitslosenstatistik (SO! 1/2012):

Nach der Ablösung der rot-grünen Bundesregierung hatte ich gehofft, dass die Schummelei (auch Schönfärberei genannt) bei der Veröffentlichung der monatlichen Arbeitslosenzahlen wieder ehrlicher würde. Letztlich sind ab diesem Zeitpunkt maßgeblich wieder zwei C-Parteien in der Regierungsverantwortung. Aber weit gefehlt, es wird weiter geschummelt und getrickst, was das Zeug hält. (...) Die Politikverdrossenheit bekommt auch durch solches Tun permanenten Zuwachs. Wahlbeteiligungen für Kommunalparlamente und bei Europawahlen unter der 50-Prozent-Grenze und weniger sind mittlerweile häufig Realität. Bei Bürgerschaft, Landtags- und Bundestagswahlen sieht es teilweise nicht besser aus. Arme Demokratie! Wo soll das noch hinführen?

CDA CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Experte stellte Bundesfreiwilligendienst vor

Jens Kreuter vom Familienministerium hat auf Einladung der CDA Charlottenburg-Wilmersdorf über den Bundesfreiwilligendienst berichtet. Er war früher Bundesbeauftragter für den Zivildienst und hat dann den neuen Bundesfreiwilligendienst aufgebaut. Dieser steht Männern und Frauen jeden Alters offen. Der CDA-Kreisvorsitzende Frank Zwiener sagte Kreuter die politische Unterstützung der Sozialausschüsse für den Ausbau der Freiwilligendienste zu.

CDA OLDENBURG

Laumann sagt bei Demo Lohndumping den Kampf an

Lohndumping durch den Missbrauch von Werkverträgen: Das prangerte die Gewerkschaft NGG bei einer Demonstration im Januar vor einem Schlachthof im oldenburgischen Emstek an. Viel Applaus erhielt dort auch der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann. Er forderte in seiner Rede mehr Mitbestimmung beim Einsatz von Werkverträgen und mehr Kontrollen durch den Zoll. Nur so könne der Missbrauch von Werkverträgen verhindert werden. Begleitet wurde Laumann von CDA-Landessozialsekretär Josef Holtvogt (Quelle: CDA Oldenburg).

RÜCKBLICK AUF DEN CDU-PARTEITAG 2012 IN HANNOVER:

Laumann mit gutem Ergebnis wiedergewählt

Ein starker Auftritt bescherte dem CDA-Vorsitzenden Karl-Josef Laumann ein gutes Wahlergebnis beim CDU-Parteitag in Hannover im Dezember 2012: Nach einer kämpferischen Vorstellungsrede wählten ihn fast 80 Prozent der Delegierten erneut ins CDU-Präsidium. Laumann sagte unter anderem: „Ich glaube, dass es gut ist für unsere politische Arbeit, dass der Vorsitzende der CDA – der natürlich die Aufgabe in unserer CDU hat, Politik aus der christlichen Soziallehre heraus zu gestalten – in der Führung unserer Partei eine Rolle



Guy Ryder (Mitte), der Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UN in Genf wird von CDA-Vize Ralf Brauksiepe (links) und Martin Kamp begrüßt.

spielt.“ Elmar Brok, Regina Görner und Monica Wüllner wurden als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Auch andere Christlich-Soziale ergriffen in Hannover das Wort: Der erste Stellvertretende Vorsitzende Christian Bäumler warnte vor einer Koalitionsaussage zu Gunsten der FDP, Martina Stabel-Franz warb für Verbesserungen bei den Mütter-Renten, Ralf Brauksiepe erläuterte die aktuelle Rentendebatte. Auch in der Debatte über eine steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften schalteten sich



Viel Gewerkschaftsprominenz besuchte den CDA-Stand: (von links) Martin Kamp und Elke Hannack mit den Vorsitzenden von NGG und IG BCE, Franz-Josef Möllenberg und Michael Vassiliadis.

CDAler ein: Karl Schiewerling plädierte gegen eine Gleichstellung, Matthias Zimmer dafür.

Bei den Anträgen gab es keine Überraschungen: Mit großer Mehrheit billigten die Delegierten den rentenpolitischen Antrag des Bundesvorstands. Darin werden eine Aufwertung der Renten-

ansprüche von Geringverdienern nach jahrzehntelangen Beitragszahlungen und Verbesserungen bei den Mütter-Renten gefordert. Wie von der Antragskommission vorgeschlagen, wurde auf CDA-Initiative auch eine Passage zum Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen in den Leitantrag aufgenommen. (Fotos: CDA)



Starker Auftritt: Karl-Josef Laumann wurde mit einem guten Ergebnis erneut ins Präsidium der CDU gewählt (Quelle: Rochlitzer / CDU Nordrhein-Westfalen).

SO! EINE: DAS PORTRÄT IN DER SOZIALEN ORDNUNG

Anita Euler, Vize-Bundesvorsitzende der Jungen CDA



Anita Euler, geboren am 20. April 1985 in Kassel.
2001 - 2004 Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation. Parallel Erwerb der Fachhochschulreife.
Seit 2004 im Vertrieb Originalteile bei Volkswagen tätig.
Berufsbegleitende Weiterbildungen im Bereich Webdesign und als staatlich geprüfte Kommunikationswirtin.

1. Wann bist Du zum ersten Mal der CDA begegnet? Wann und warum bist Du eingetreten?

Im Wahlkampf 2002 bin ich der CDA bzw. dem damaligen Kreisvorsitzenden beim Standdienst begegnet. Mit 18 bin ich in die CDA eingetreten. Ich habe mich aufgrund der Kombination aus christlichen Werten und Arbeitnehmerpolitik sofort heimisch gefühlt.

2. Was bedeutet für Dich „christlich-soziale Politik“?

Auf Grundlage des christlichen Men-

schenbildes Rahmenbedingungen für alle Menschen zu schaffen, um menschenwürdig zu leben und zu arbeiten – ohne diese zu bevormunden.

3. Hast Du ein politisches Vorbild – in Geschichte und Gegenwart?

Ich finde Angela Merkel gut, da sie gezeigt hat, dass man mit einer gesunden Mischung aus Strategie und Kompetenz Ziele erreichen kann.

4. Was ist Deiner Meinung nach die größte Herausforderung für die Politik der kommenden Jahre und Jahrzehnte?

Wichtig wird zum Beispiel das Thema demografischer Wandel. Die Unternehmen müssen Möglichkeiten schaffen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

5. Was bedeutet Arbeit für dich?

Sie ist ein Teil der Selbstverwirklichung.

6. Was sind Deine Hobbys?

Städtetouren, meine Hunde und die CDA.

7. Welches Buch kannst Du empfehlen?

Die Märchensammlung der Brüder Grimm.

8. Welche Musik hörst Du am liebsten?

Deutsche Pop-/Rockmusik wie Silbermond und Söhne Mannheims.

9. Was ist Dein Leibgericht?

Als Kasselänerin esse ich gerne Kassler – auch wenn es nichts mit Kassel zu tun hat.

10. Mit welchem Promi würdest Du Dich gerne mal unterhalten?

Mit Ferdinand Piech.

11. Mit wem würdest Du gerne mal einen Tag die Rolle tauschen?

Mit Sebastian Vettel.

12. Welche Gegenstände würdest Du mit auf eine einsame Insel nehmen?

Keinen! Sondern die Menschen, die mir wichtig sind.

13. Was ist Dein Traum-Urlaubsziel?

Südafrika.

14. Welche Fernsehsendungen siehst Du gerne?

Ich sehe gerne Reportagen. Auf die ganzen gestellten Sendungen bei den Privatsendern kann ich verzichten.

15. Was bringt Dich so richtig auf die Palme?

Wenn Themen kaputt geredet werden, anstatt sie anzupacken.

16. Wie lautet Dein Lebensmotto?

Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut. (Laotse)

Einmischen. Einfluss nehmen.

Eintreten!



Jedes Mitglied wirbt ein neues Mitglied!



Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Herr Frau

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____ Geb.-Ort: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

CDU-Mitglied: ja nein

Als Aufnahme spende zahle ich _____ €

_____, den _____

Unterschrift _____

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich.

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen.
Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden,
dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

einmal jährlich zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____, den _____

Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/-innen, Studenten/-innen, Wehr- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).